

Für ein Europäisches Jahr der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Die verstärkte Aufmerksamkeit für ein spezielles Thema (und damit zusammenhängende Förderungen) machen Europa sichtbarer und haben für die Zivilgesellschaft eine große Bedeutung.
- Gerade im Jahr der Europawahlen wäre ein Motto wichtig.
- Die Europäische Kommission hat den Wunsch des Europäischen Parlaments nach einem Jahr der Vereinbarkeit übergangen und nützt ihr alleiniges Initiativrecht aus. Das Jahr der Vereinbarkeit muss zum ehestmöglichen Termin, also 2016, organisiert werden.
- Auf welcher Rechtsgrundlage die Kommission das Jahr der Bürgerinnen und Bürger fortführen will ist völlig unklar

Aufregung um das Europäische Jahr 2014

Bereits im Frühjahr 2013 legte das Europäische Parlament einen konkreten Vorschlag für das Europäische Jahr 2014 vor. Es wurde gefordert, dass das Europäische Jahr 2014 ganz im Zeichen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen soll. Die Europäische Kommission ignorierte diesen Vorschlag und gab im November überraschend bekannt, dass es heuer das erste Mal seit über zehn Jahren kein Motto geben soll.

Dass es gerade im wichtigen europäischen Wahljahr 2014 kein Motto geben soll ist unverständlich. Schließlich tragen diese Themenjahre dazu bei, die Europäische Union sichtbarer zu machen und näher an die Menschen zu bringen. Sie sind gerade für die Zivilgesellschaft von großer Bedeutung. Auf Kritik stößt vor allem, dass die Kommission den Wunsch des Europäischen Parlaments nach einem Jahr der Vereinbarkeit übergang und ihr alleiniges Initiativrecht ausnützt. Ich fordere daher die

Nachholung des Jahres der Vereinbarkeit zum frühest möglichen Zeitpunkt – also im Jahr 2016.

Die Geschichte hinter der „Lücke“ 2014

Die Mehrheit der Abgeordneten zum Europäischen Parlament unterzeichnete die schriftliche Erklärung für ein Europäisches Jahr für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nach mehrmaligen Anfragen sagte Kommissionspräsident Barroso in einem Brief vom Juli 2013 das vom Parlament geforderte Motto für 2014 zu, woraufhin entsprechende Vorbereitungen getroffen wurden. Die Zusage wurde kurz darauf wieder zurückgezogen. In einer Anfragenbeantwortung wurde mitgeteilt, dass die Kommission verschiedene Themen für das kommende Jahr noch prüfe. Schließlich wurde im Herbst bekannt, dass die Kommission für 2014 gar kein Europäisches Jahr organisieren wird, wodurch es zur ersten „Lücke“ seit 2003 kommt. Gemeinsam mit der deutschen Abgeordneten Jutta Steinruck stellte ich eine parlamentarische Anfrage (unten im Detail), wie es zu dieser Entscheidung kam und was mit den eingeplanten finanziellen Mitteln passiert. Die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage wird für die nächsten Wochen erwartet. Den Vorschlag der Kommission, die derzeitigen Maßnahmen im Rahmen des Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 einfach fortzuführen, stößt auf Kritik. Nachdem bisher kein Beschlussentwurf von Seiten der Kommission vorgelegt wurde ist völlig unklar, auf welcher Rechtsgrundlage eine Fortführung passieren könnte.

Die Europäischen Jahre in der Vergangenheit:

Die Europäischen Jahre werden seit 1983 zu verschiedenen Themen ausgerufen. Zusätzlich zu öffentlicher Aufmerksamkeit sind diese Themenjahre auch immer mit finanziellen Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Projekte verbunden. Im Jahr 2010 wurden für das Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beispielsweise Mittel in der Höhe von 17,25 Millionen Euro auf nationaler und europäischer Ebene zur Verfügung gestellt. Das Jahr 2011 der Freiwilligentätigkeit wurde mit 14,5 Millionen Euro unterstützt. Das Europäische Jahr

2015 wurde bereits festgelegt und soll unter dem Motto "Jahr der Entwicklungszusammenarbeit" stehen.

Die parlamentarische Anfrage im Originallaut:

Die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützte Anfang 2013 die Written Declaration 32/2012 und sprach sich für ein Europäisches Jahr 2014, unter dem Motto „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, aus. Auf die parlamentarische Anfrage (E-008093-13) zum Thema antwortete die Kommission noch im August, Themen und Inhalte für ein mögliches Europäisches Jahr 2014 zu prüfen. Vor dem Hintergrund, dass es seit dem Jahr 2003 bei den Europäischen Jahren keine Lücke mehr gab und es sich um ein sehr erfolgreiches Projekt handelt, stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Themen wurden von der Kommission für das Jahr 2014 in Betracht gezogen?
2. Wie werden die Themen, die in Betracht gezogen werden, erhoben?
3. Wo sind die Ergebnisse der Prüfungen der Themen einzusehen?
4. Warum hat sich die Kommission entschlossen, das Europäische Jahr 2014 nicht unter dem Motto „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ zu stellen?
5. Warum hat sich die Kommission entschlossen, im Jahr 2014 kein Europäisches Jahr zu veranstalten?
6. Wo und wann wurde formell entschieden, dass es kein Europäisches Jahr 2014 geben soll?
7. Was passiert mit den finanziellen Mitteln, die für das Europäische Jahr 2014 vorgesehen waren?
8. Wann hat die Kommission vor, ein Europäisches Jahr für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu machen, wie vom Europäischen Parlament gefordert?

Autor: Josef Weidenholzer ist seit Dezember Abgeordneter zum Europäischen Parlament und ist Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie Ersatzmitglied im Binnenmarkt-Ausschuss. Als ehrenamtlicher Präsident engagiert er sich seit 1991 bei der Volkshilfe sowie beim europäischen Netzwerk Solidar. Nach seinem Studium der Sozialwissenschaften begann er 1983 als Professor an der Johannes Kepler Universität Linz, wo er 1998 die Institutsleitung des Institutes für Gesellschaftspolitik übernahm.

Kontakt: josef.weidenholzer@europarl.europa.eu; josef.zehetner@spoe.at

Weitere Informationen zur Arbeit von Josef Weidenholzer sowie eine Anmeldung zum regelmäßigen Newsletter finden sich auf der Internetseite www.weidenholzer.eu